

## Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 02.05.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 20:25 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

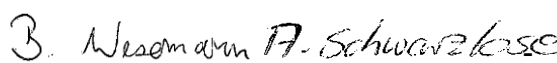
 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine  
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche  
Sitzung



Werner Jacob  
Vorsitzender



Birgit Wesemann/Andrea Schwarzlose  
Protokollführer /zum Teil nach Aufnahme

### Anwesend:

#### Vorsitzender

Herr Werner Jacob

#### Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

#### Mitglieder

Herr Michael Bartoschewski  
Herr Ralf-Peter Bierstedt  
Frau Edith Braun  
Herr Dr. Frank Dreihaupt  
Frau Petra Fischer  
Herr Marcus Graubner  
Herr Peter Jagolski  
Frau Carmen Kalkofen bis Beginn TOP 7  
Frau Steffi Kraemer  
Herr Wilko Maatz  
Herr Michael Nagler  
Herr Dieter Pasiciel  
Frau Rita Platte  
Herr Marco Radke bis Ende öffentl. Teil  
Frau Alexandra Schleef  
Herr Mathias Sprunk  
Herr Bodo Strube  
Herr Daniel Wegener  
Herr Sven Wegener

#### Ortsbürgermeister

Herr Michael Grupe

#### Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

### Abwesend:

#### Mitglieder

Herr Michel Allmrodt unentsch.  
Herr Ralf Breuer unentsch.  
Herr Wolfgang Kinszorra entsch.  
Herr Uwe Nastke entsch.  
Herr Björn Paucke entsch.  
Herr Christoph Plötze unentsch.

## Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Donnerstag, 02.05.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

### Öffentliche Sitzung

**DS-Nr.**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu
6. Nachtragshaushaltssatzung 2024 BV 1168/2024
7. Anfragen und Anregungen, Sonstiges

### Nichtöffentliche Sitzung

8. Abstimmung über die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates
9. Informationen des Bürgermeisters
10. Anfragen und Anregungen, Sonstiges

### Öffentliche Sitzung

11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
12. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
13. Schließung der Sitzung

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Jacob** eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Herr Kinszorra, Herr Nastke und Herr Paucke fehlen entschuldigt. Herr Allmrodt, Herr Breuer und Herr Plötze fehlen unentschuldigt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### **TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die TO (Tagesordnung) wird ohne Änderungsanträge festgestellt.

### **TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom**

Es liegt keine Niederschrift vor.

### **TOP 4: Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohnerfragen.

### **TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu**

**Herr Brohm** informiert, dass in Jerchel ein 110 KV-Mast umgekippt ist. Dieser wurde von einem Mähdrescher angefahren. Darum gibt es zurzeit in Jerchel Strom aus dem Generator, der den Strom in das Trafo-Häuschen einspeist. Avacon arbeitet dort unter Hochdruck.

### **TOP 6: Nachtragshaushaltssatzung 2024 - Vorlage: BV 1168/2024**

**Herr Brohm** erklärt, dass der Gegenstand des NHH (Nachtragshaushaltes) die Erhöhung des Liquiditätskredites ist. Dieses Geld ist notwendig, um den HH (Haushalt) umsetzen zu können. Er bittet, dies zuzustimmen. Wenn der Kredit nicht erhöht wird, dann wird es wie im letzten Jahr, dass beim Kreis um Stundung gebeten werden muss und das ist dann auch mit zusätzlichen Kosten verbunden. Das günstigste Mittel ist, die Liquidität anzupassen.

**Herr Nagler** fragt nach, wie es sein kann, dass wir am 31.01.2024 einen HH beschlossen haben, in dem die Verwaltung von einer Liquiditätslücke bis Ende des Jahres von ca. 7,7 Mio. € ausgegangen ist. Jetzt liegen Zahlen vor, wo die Verwaltung bis Ende des Jahres eine Lücke von knapp 12 Mio. € rechnet. Seit Januar sind gerade mal 3 Monate her. Das lässt für ihn nur zwei Schlüsse zu. Wir wurden beim HH-Beschluss belogen und betrogen. Woher kommt jetzt das Loch? Dafür möchte er eine Erklärung haben. Aus seiner Sicht ist die Planung so daneben, dass er das nicht nachvollziehen kann.

**Herr Brohm** antwortet, was am 31.01.2024 beschlossen wurde. Die Unterlagen sind im September 2023 zusammengestellt worden. Die Zeitkette stimmt nicht. Es muss jedes Jahr geschaut werden, wie die realen Entwicklungen sind. Aktuell sehen wir, dass die Gewerbesteuern noch nicht da sind. Er erklärt, dass man mit 10 Mio. € geplant hatte.

**Herr Nagler** findet, wenn am 31.01.2024 Änderungen zum HH absehbar sind, muss Herr Brohm darauf hinweisen. Er hätte erwartet, dass Herr Brohm dem SR (Stadtrat) erklärt, wie sich die nicht vorhandene Liquidität zusammensetzt. Er erwartet eine Aufstellung, wo die 4 Mio. € herkommen.

**Herr Brohm** erklärt noch einmal, dass er am 31.01.2024 von einem Kassenkredit von über 10 Mio. € gesprochen hat.

**Herr Nagler** möchte wissen, was Herr Brohm mit der EGem vor hat. Welchen Plan Herr Brohm hat.

**Herr Brohm** antwortet, dass es keine Rolle spielt, was der BM (Bürgermeister) will, sondern dass man hier gemeinschaftlich in der Lage sein muss, das zu beschließen. Er nennt Beispiele von Projekten z. B. Kita-Sanierung, Feuerwehrgerätehäuser usw. Jetzt hat man festgestellt, dass der Weg auf den wir waren, so nicht einzuhalten ist, ohne dass man fundamental die Einnahmesituation verbessert. Es wurde gemeinschaftlich entschieden, dass das nicht über Erhöhungen von Steuern und Abgaben geht. Das ist die Herausforderung.

**Frau Braun** macht es fertig, dass Herr Brohm immer dasselbe erzählt, dass wir Steuern und Abgaben erhöhen müssen. Herr Brohm weiß doch ganz genau, dass wir seit Jahren eine gute Einnahmeseite haben. Sie nennt ein paar Beispiele, z. B. Windräder. Wir haben eine erhöhte Einnahmeseite, aber die reicht halt nicht aus, wenn ständig die Ausgabenseite erhöht wird. Herr Brohm hat keine Übersicht mehr, wie das Geld verteilt wird. Das, was uns wichtig gewesen ist, was im HKK (Haushaltskonsolidie-

rung) steht, wird gar nicht umgesetzt. Herr Brohm schiebt ständig Dinge vor sich her und verschiebt die Jahreszahlen. In den Dingen, die wir beschlossen haben, haben wir keine Zielorientierung mehr. Herr Brohm setzt die SR-Beschlüsse nicht um und er verzögert auch Entscheidungen, in dem er ständig in Widerspruch geht. Sie spricht das Abwahlverfahren von Frau Altmann an und die vielen Ausgaben, die Herr Brohm tätigt, z. B. für Anwaltsberatungen. Es wird jetzt jeder Beschluss anwaltlich geprüft. Das ist eine Schwäche der Verwaltung, weil man nicht weiß, was Gesetz und Recht ist. Sie hat nie einen Anwalt gebraucht. Die Linie steht im KVG (Kommunalverfassungsgesetz) und man hat juristische Beratung vom SGSA (Städte- und Gemeindebund), die sogar kostenlos ist. Sie ist der Meinung, wir haben eine Verwaltung, die nicht in der Lage ist, die Aufgaben sach- und fachgerecht zu machen. Das zeigt sich auch darin, dass wir keine Jahresabschlüsse 2022, 2023 vorliegen haben, aber wir sollen das Kontokorrent erhöhen. Die Zinsen sind gestiegen. Wir zahlen fast 300.000 € Zinsen. Damit könnte man die § 7 Mittel aushändigen. Sie spricht über die Freibadsaison. Die war schon immer vom 15.05. bis 15.09. Jetzt schreibt Herr Brohm im HKK, am 01.06., auch wenn die Technik durchläuft und der Bademeister für ganze einen 38 Stundenvertrag Jahr hat. Das ist keine Konsolidierung. Das sind die falschen Sparmaßnahmen. Wenn man an die Dinge geht, wie z. B. Sportplätze, Vereine usw., machen wir keine kommunale Selbstverwaltung. Frau Braun ist für eine Zwangsverwaltung. Dann werden nur noch Pflichtaufgaben gemacht. Sie ist der Meinung, der Stellenplan gehört auf dem Prüfstand, denn dieser hat momentan Aufgaben, wo keiner mehr durchsieht. Ein Stellenplan muss die Pflichtaufgaben umsetzen. Da gibt es Bedarfe, die man mit Fragezeichen hinterfragen muss. Es kann nicht sein, dass Aufgaben hin und her geschoben werden. Sie fordert Herrn Brohm auf, dass er die Struktur der Verwaltung in Angriff nimmt. Einsparungen im Personalbereich sollte Herr Brohm machen. Sie hat ein Schreiben vom 10.10.2023 bekommen, über eine Auflistung der Gebäudeinvestition für die Kita „Unsere Dorfspatzen“. Sie liest daraus vor und zählt die Dinge auf, die nicht gemacht worden sind. Selbst die Pflichtaufgaben werden nicht gemacht. Die WG Lüderitz möchte eine namentliche Abstimmung und wird nicht dafür stimmen.

**Herr Graubner** ist traurig, weil sich hier fast die Köpfe eingeschlagen wurden, um Einsparmöglichkeiten zu finden. Vorhin im HA (Hauptausschuss) wurde diese BV mehrheitlich abgelehnt. Er stimmt Frau Braun zu. Es wurde nur durch Vereine möglich gemacht, dass Mai-Feuer stattgefunden haben. Es macht ihn traurig, dass wir es nicht mal schaffen, den Ortschaften § 7-Mittel geben zu können. Er meint, man hat bis 2010 gut gewirtschaftet. Er wird nicht zustimmen.

**Frau Schleef** erklärt, dass die Kosten seit 2010 sehr gestiegen sind. Es wurden den Kommunen vom Land und vom Bund mehr Aufgaben aufgetragen. Es ist die Wahrheit, dass im HH 10 Mio. € drin standen und wir das nicht beschlossen haben. Sie spricht über die Kindereinrichtung, die mit 60.000 € beschlossen wurde, obwohl es nicht im HH stand. Es wurde beschlossen, die Satzung zu ändern. Es wurde auch beschlossen, die § 7-Mittel auszuzahlen. Da wir in einer HH-Sperre sind, können nicht alle Sachen umgesetzt werden. Zur Wahrheit gehört mit dazu, dass wir Beschlüsse gefasst haben, obwohl wir gesehen haben, dass das Geld nicht reicht. Sie spricht die Erhöhung der Diäten an. Dies kann sie nicht nachvollziehen. Es fehlt uns das Geld, aber daran ist weder die Verwaltung, noch der SR, Schuld.

**Frau Kraemer** spricht von der HH-Sperre 2023/2024. Da haben wir nur das Nötigste ausgegeben. Die Beschlüsse des SR, die genannt worden sind, werden gar nicht umgesetzt. Wir waren in 2023 bei 6,4 Mio. €, obwohl wir gespart haben. Jetzt gehen wir auf 10 Mio. €. Laut Gesetz dürften wir bei 4 Mio. € stehen. Sie hat schon in der HA-Sitzung gefragt, wo die Auflistung der Verwaltung ist, wie wir das schaffen wollen. Das ist eine unendliche Geschichte. Es kann nicht an den Mehrausgaben liegen, denn diese gab es nicht. Der Wildpark war auch ein großer Posten, den gibt es auch nicht mehr. Ihr fehlen hier die Antworten. Ihre Fraktion und sie werden nicht zustimmen. Die Verwaltung schaut einfach weg, aber wir dürfen hier nicht wegschauen. Wo soll das alles noch enden und wo ist das Konzept, dass diese Spirale aufgehalten werden kann?

**Herr Brohm** erklärt, dass wir in den letzten Jahren einen ehrgeizigen Plan gehabt haben. Es darf nicht vergessen werden, dass wir über 7 Mio. € getilgt haben. Wir haben in den Haushaltsklausuren gemeinschaftlich entschieden. Wir haben ignoriert, dass wir investieren müssen, dass wir Sanierungsstau haben, etc.. Im HH stehen für die Infrastruktur, für die Straßen, für die Gehwege usw. 470.000 € drin. Es stehen weitere 270.000 € für Laternen, die marode sind und umfallen, drin. Das sind Sachen, die wir nicht gemacht haben, weil man dann HH-konform ist. So funktioniert es nicht und man kann nicht immer die Augen verschließen, denn am Ende wird es nur noch schlimmer. Wir wollen mutig nach vorne gehen und müssen Dinge tun, die jahrelang nicht gemacht wurden. Er hat damals aufgezeigt, dass die Personalstunden gleichgeblieben sind. Wir helfen uns nicht, wenn wir sagen, wo ist das Konzept. Jeder weiß, wo die Reise hinget. Das Konzept wurde am 31.01.2024 beschlossen. Dort wurde noch nicht mal eingepreist, dass wir Mio. € für die Infrastruktur investieren müssen, und das wird kommen.

**Herr Nagler** versteht nicht, was Herr Brohm mit der Art erreichen möchte, wie er diese Gemeinde haushalterisch führen will. Er versteht das Ziel nicht. Ihm ist klar, dass man mit sparen nicht ins Plus kommen wird. Er weiß nicht, wo das enden soll. Jeder BM hat die Pflicht, ein Maßnahmenpaket vorzuschlagen, dass es wenigstens einigermaßen in Griff gehalten wird. Er spricht davon, dass im HKK 2023 die Kita-Beiträge erhöht werden sollten. Das hätte Herr Brohm schonmal einbringen können. Das hat Herr Brohm nicht gemacht. Er zählt Dinge auf, wofür kein Geld mehr ausgegeben wird, z. B. Wildpark, QMS usw. In den HH-Ansätzen wird seit 5 Jahren nicht mehr gearbeitet. Es entstehen Fragen, wo bleibt das ganze Geld. Das ist auch Herr Brohms Aufgabe, offenzulegen, was der Kostentreiber ist. Wir haben auch keine Kämmereileiterin, weil wir uns das nicht mehr leisten können. Das ist ein Problem. Für ihn ist das hier kein Plan, der Substanz hat.

**Herr Sprunk** äußert sich zu der Sache von Frau Schleef, wegen der 60.000 € für Kita-Einrichtungen. Er merkt an, dass Kita eine Pflichtaufgabe ist. Das KVG sagt aus, dass die Stellen, wie Hochbauamt, Tiefbauamt, Kämmerei usw. qualifiziert zu besetzen sind, wenn der BM selbst nicht in der Lage dazu ist. Diesen Fall haben wir in der Verwaltung nicht. Deswegen haben wir auch Schäden, wie z.B. Architektenvertrag, Überspannungsschaden in der Feuerwehr Lüderitz und mehr. Herr Brohm ist mit dem digitalen Rathaus medial präsent, aber auf das große Ganze hat er sich bisher nicht konzentriert. Da ist Herr Brohm nicht medial, politisch nicht präsent. Herr Brohm sollte sich mit den BM zusammensetzen und dann sagen, dass wir finanziell unterfinanziert sind. Er meint, Herr Brohm hat bisher die Verwaltung nicht vernünftig organisiert. Er wird dieser BV nicht zustimmen.

**Frau Schleef** erklärt Herrn Sprunk, dass die Ausstattung für Kita erhöht worden ist. Sie ist der Meinung, man darf nicht vergessen, dass viele Kosten enorm gestiegen sind. Zum Beispiel, ist das Feuerwehrgerätehaus Lüderitz teurer geworden. Es gibt auch einige Anwaltskosten, die der SR verursacht hat. Sie kann die Dafür-Seite und die Dagegen-Seite verstehen.

**Herr Jagolski** stellt den Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und bittet, um Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich ja**

Auf der Rednerlisten stehen noch Herr Strube und Herr Jacob.

**Herr Strube** erklärt, dass er in der HA-Sitzung zugestimmt hat, weil man dann handlungsfähig gegenüber den Bürgern bleibt. Man ist in einer Situation, die nicht schön ist. Er versteht jedes Argument, gegen diesen Beschluss. Wir stehen eigentlich vor einer Bankrotterklärung der Politik, der Bundesregierung und der Landesregierung. Die Unterfinanzierungen der Kommunen ist katastrophal. Die Kommunen werden gezwungen, so zu handeln. Er wäre auch für einen Kassensturz. Damit kommt man aber nicht in eine bessere Position.

**Herr Jacob** erklärt, warum der Kassensturz. Jeder soll damit erkennen, wo geht die Reise in unserer EGem hin und ob man vielleicht zum Kassenkredit zustimmen könnte oder nicht. Wir bestimmen hier darüber, ob wir einen Kassenkredit aufnehmen oder nicht. Wir müssen wissen, wo die Reise hin geht. Durch den Kassensturz wird man die Situation nicht ändern, aber man hat einen Überblick und hört mal von denen, die verantwortlich dafür sind, nämlich der Hauptverwaltungsbeamte und Frau Altmann. Er bedauert es sehr, dass Frau Altmann, als verantwortliche Mitarbeiterin, heute nicht anwesend ist. Es wäre gut gewesen, wenn jeder etwas zur Konsolidierung beigetragen hätte. Es gehört auch dazu, dass aus Sicht der Verwaltung gesagt wird, was wir sparen können und was die Bürger sparen könnten. Das erwartet er, damit er zustimmen kann. Deshalb kann er nicht zustimmen.

**Herr Jacob** bittet um namentliche Abstimmung der BV 1168/2024.

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Nachtragshaushaltssatzung nach § 103 KVG LSA für das Haushaltsjahr 2024 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, gemäß beiliegender Fassung.*

#### namentliche Abstimmung:

Herr W. Jacob	Nein	Herr M. Graubner	Nein	Frau Rita Platte	Ja
Herr A. Brohm	Ja	Herr. P. Jagolski	Nein	Herr M. Radke	Enth.
Herr. M. Bartoschewski	Enth.	Frau C. Kalkofen	Nein	Frau A. Schleef	Ja
Herr R.-P. Bierstedt	Nein	Frau S. Kraemer	Nein	Herr M. Sprunk	Nein
Frau E. Braun	Nein	Herr W. Maatz	Nein	Herr B. Strube	Ja
Herr. Dr. F. Dreihaupt	Nein	Herr M. Nagler	Nein	Herr. D. Wegener	Nein
Frau P. Fischer	Ja	Herr D. Pasiciel	Enth.	Herr S. Wegener	Nein

**Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 13x Nein, 3x Enthaltung** => mehrheitlich abgelehnt

**Frau Braun** gibt den Hinweis, dass für diesen NHH nicht alle Ortschaften eine Anhörung gemacht haben. Lüderitz hat auch die Anhörung abgelehnt, weil uns das in einer Sitzung als Tischvorlage einfach

so auf den Tisch gelegt wurde, ohne fristgerechte Zusendung. Allein schon, dass die Ortschaften nicht korrekt angehört worden sind, sagt eigentlich schon aus, dass der NHH heute nicht auf der TO sein dürfte.

### **TOP 7: Anfragen und Anregungen, Sonstiges**

**Herr Graubner** fragt, gibt es einen neuen Sachstand zum Schaden Fw-Gerätehaus Lüderitz und gab es nochmal ein Gespräch mit dem SR Herrn Sprunk?

**Herr Brohm** antwortet, den Sachstand hat er letzte Woche schon beantwortet. Es steht auch in der Freitaginfo, dass das in Klärung ist. Dies wird in den kommenden 3½ Wochen repariert sein.

**Frau Braun** ist informiert, dass das geklärt ist. Es stand auch in der Freitaginfo. Der Verursacher ist eindeutig die Installationsfirma. Was soll jetzt noch geklärt werden? Sie hat von Anfang an gesagt, wenn die Abnahme nicht funktioniert, wird keine Abnahme stattfinden. Dann wird eine Nachfrist gesetzt und dann hat der solange daran zu arbeiten, bis es funktioniert. Da benötigt man keinen Gutachter. Laut Herrn Sprunk funktioniert aber irgendetwas noch nicht.

**Herr Sprunk** führt an, der Schaden ist noch nicht behoben.

**Herr Brohm** wiederholt seine eben ausgeführten Ausführungen.

**Frau Braun** hat eben in der HA-Sitzung zu Protokoll gegeben, dass das HKK nicht bestätigt wurde, auch die veränderten Öffnungszeiten in den Freibädern nicht. Sie besteht darauf, dass die jahrelange Regelung, vom 15.05. bis 15.09., bestehen bleibt und je nach Wetterlage geschlossen wird, so wie es unsere beschlossene Badeordnung angibt. Die Technik muss trotzdem laufen und bearbeitet werden. Die Mitarbeiter haben Jahresverträge, die sie auch einhalten. Da gibt es überhaupt keine Einsparungen. Frau Braun fragt Herrn Brohm zum Fahrradrundkurs Lüderitz-Schleuß- Brunkau, wie man dazu kommen kann. In der Sitzung am 21.03.2024 wurde die Frage von Herrn Sprunk aufgeworfen. Seit Jahren weist sie darauf hin, wie katastrophal dieser Radweg des Altmarkrundkurses ist. Wir haben im SR festgestellt, einmal in Richtung Vollenschier ist der Radweg durch das Unternehmen von Carlowitz, dann durch die Autobahnbauer und auch durch die Ausgleichsmaßnahmen katastrophal. Sie fragt Herrn Brohm zum letzten Mal, wann haben sie das Verursacherprinzip endlich aufgegriffen und nehmen diese Leute in Haftung. Sie möchte innerhalb von 14 Tagen eine korrekte und konkrete Antwort, mit Fristen, wer verantwortlich ist und wer das bezahlt, haben. Der Gipfel ist, dass man dann einer Frau Tandeck, die die Radwege vom Landkreis inspiziert, erlauben soll, weil der Radweg nicht mehr befahrbar ist, eine Umleitung zu machen. Sie verlangt von Herrn Jagolski, dass sich dieser in Zukunft als BA-Vorsitzender damit befasst. Wie kann man eine Umleitung eines Radweges machen, den der Kreistag als Altmarkrundkurs festgelegt hat? Sie habe Frau Tandeck klipp und klar gesagt, so etwas gibt es nicht. Der Antrag liegt nicht im Kreistag und sie hat eine Ausweichroute überhaupt nicht zu empfehlen. Hier ist Herr Brohm gefordert, diesen Radweg endlich in Ordnung zu bringen. Das ist keine freiwillige Aufgabe, sondern eine Verkehrssicherungspflicht, heißt Pflichtaufgabe.

Während der Ausführungen von Frau Braun verlässt **Frau Kalkofen** 19:55 Uhr die Sitzung.

**Herr Jagolski** fragt den Vorsitzenden der UWGSA, was bei der Idee, alle freiwilligen Aufgaben zu streichen, dahinter steckt. Er möchte wissen, wie das funktionieren soll und ob die UWGSA das vorhat.

**Herr Dr. Dreihaupt** antwortet, dass er den Vorschlag gemacht hat, alles auf dem Prüfstand zu legen und nicht alle freiwilligen Aufgaben zu streichen. Nach der Prüfung kann man entscheiden, welche wir noch durchführen können. Es muss geschaut werden, was wir an Geld über haben.

**Herr Jagolski** findet, dass hört sich jetzt ganz anders an.

**Frau Schleef** fragt, was ist beim dem Beschluss Garagenkomplexes an Herrn Lohse herausgekommen?

**Herr Jacob** weist darauf hin, dass das in den nichtöffentlichen Teil gehört.

**Herr S. Wegener** hat zur BV 1168/2024 NHH eine Nachfrage. Er hat ein technisches Problem. Der Vorschlag ist vom 17.04.2024. Es wurden aber 9 Ortschaften schon am 16.04.2024 angehört, d.h., noch bevor der Beschluss geschrieben wurde.

**Herr Brohm** erklärt Herrn S. Wegener, wie das zusammenhängt. Das hat in einem Parallelverfahren stattgefunden, bis auf eine Ortschaft.

**Herr S. Wegener** versteht Herrn Brohm nicht richtig. Er möchte wissen, ob die OBM (Ortsbürgermeister) nur angerufen wurden, um mit ihnen über den Kredit zu sprechen? Haben die OBM etwas zum Nachlesen bekommen?

**Herr Brohm** erklärt nochmal. Die OBM wurden gefragt, wie sie damit umgehen möchten, Sitzung oder Anhörung. Sie hätten alle noch eine Sitzung durchführen können. Fast alle haben sich für eine Anhörung entschieden.

**Herr Jacob** spricht über die Sitzung, in der die Abstimmung der Abwahl des BM gewesen ist. Nach der Abstimmung wollte Herr Jacob die Sitzung mit dem nichtöffentlichen Teil fortfahren. Das ist ihm nicht gelungen, weil der Hauptverwaltungsbeamte Herr Brohm draußen gewesen ist. Er spricht seine Missbilligung darüber aus. Das ist aus seiner Sicht nicht in Ordnung gewesen.

**Herr Nagler** sagt zur Ausstattung der Kita „Friedrich Fröbel“, dass nach einem Jahr drei Räume nicht so ausgestattet wurden, dass diese genutzt werden können. Zu einer Baumaßnahme gehört auch eine Ausstattung. Die Eltern haben kein Verständnis dafür. Da Kita eine Pflichtaufgabe ist, muss dafür gesorgt werden, dass die Räume benutzt werden können. Die Betriebserlaubnis wurde umgeschrieben. Über die Freibadöffnungszeiten sagt er, wenn es im HKK steht, heißt es nicht, dass die Öffnungszeiten einfach so angepasst werden können. Dann sind noch ein paar andere Schritte zu bedenken. Zum Beispiel muss das Preismodell überarbeitet werden. Wenn 1 Monat weniger geöffnet ist, wer soll dann noch eine Jahreskarte kaufen? Er schließt sich den Vortrag von Frau Braun an. Er denkt, dass für Herrn Brohm in 4 Jahren als BM Schluss ist. Herr Nagler hofft, dass Herr Brohm vorher von alleine geht. Zum Thema Überforderung der Verwaltung sagt er, dass die Verwaltung qualitativ nicht gut besetzt ist. Wenn er einen Antrag in die Verwaltung gibt, hat diese zu prüfen, was herauszugeben ist und was nicht. Er spricht über die Unterschriftenliste der Eltern, zum Antrag Vollverpflegung. Die Verwaltung hätte prüfen müssen, ob diese Liste veröffentlicht werden durften. Das war auch schon bei der Landesdatenschutzbeauftragten. Diese hat reagiert und die Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Liste gelöscht werden muss. Diese Liste ist immer noch zu sehen. Eltern hatten sich an Frau Altmann gewendet, die wohl geantwortet hatte, dass die Fraktion WG Zukunft eine Einverständniserklärung haben muss. Dies stimmt nicht. Er hat dies nicht öffentlich gemacht. Die Verwaltung hat die Aufgabe zu prüfen, was öffentlich gemacht werden kann und was nicht. Stand jetzt, ist es immer noch öffentlich.

**Herr Nagler** stellt für die SR-Sitzung am 05.06.2024 für den Haushalt 2025 den Antrag, auf Streichen der Stelle Amtsleiterin für das Amt der Verwaltungssteuerung. Er bittet, diesen Beschluss für die nächste Sitzung vorzubereiten. Herr Nagler spricht über die Problematik der Betreuungssituation in der Kita Lüderitz. Das passiert jetzt auch in anderen Kitas. Er meint, dass ein extremer Unmut in der Belegschaft herrscht, darum die vielen Krankheitstage. Die Verwaltung hat die Verpflichtung, eine Betreuung sicher zu stellen.

**Herr D. Wegener** greift die HKK-Maßnahmen auf. Vor Jahren wurde uns suggeriert, dass HKK eine Auflistung von eventuellen Einsparmaßnahmen sind, die beim Landkreis eingereicht werden. Letztendlich hat der SR über jede einzelne HKK-Maßnahme zu entscheiden. Heute werden vom BM HKK-Maßnahmen umgesetzt, ohne einen Beschluss vom SR. Er fragt sich, ob das rechtlich korrekt ist. Er fordert Herrn Brohm auf, zurückzutreten, da er die EGem in den Dreck gefahren hat.

**Herr Sprunk** möchte von Herrn Brohm wissen, ob die Krankheit der Erzieher vorgeschoben wird. Besteht der Personalnotstand, weil Verträge ausgelaufen sind?

**Herr Brohm** antwortet, dass in der letzten Freitagssinfo dargelegt wurde, wie die Personalsituation aussieht. Das könnte man im nichtöffentlichen Teil noch einmal durchgehen.

**Herr Sprunk** möchte eine klare Antwort haben. Er meint, dass es vom öffentlichen Interesse ist.

**Herr Brohm** hat diese Frage, so wie er dies für richtig hält, beantwortet.

**Herr Jacob** weist Herrn Sprunk daraufhin, dass er die Frage noch einmal im nichtöffentlichen Teil der Sitzung stellen kann.

**Frau Braun** ist anderer Meinung, da es eine allgemeine Anfrage ist. Sie berichtet, dass im SA (Sozialausschuss) vorgetragen wurde, dass wir über 200 Stunden im Monat zu viel im System haben, laut Kinderzahl. Sie wundert sich, was sich in Lüderitz abgespielt hat. Das haben auch die Eltern Herr Brohm gesagt. Mit den Eltern bestehen 10-stündige Verträge. Durch die Notbetreuung waren es nur 6 Stunden. Es gibt für die Eltern kein Geld zurück. Frau Altman hatte dazu gesagt, dass es höhere Gewalt ist. Sie findet diese Aussage eine Frechheit. Frau Altmann hat wohl zu Frau Braun gesagt, dass sie die blöden Antworten von ihr nicht mehr anhören kann. Sie fragt sich, wen sie so mit den SR'en und den OBM spricht, wie spricht sie dann mit den Angestellten? Sie hat aufgrund dieser Farce, die den Räten von Frau Altmann im SA vorgetragen wurde, einen Antrag gestellt. Hauptsache, es werden immer schöne bunte Bilder gezeigt und für alles hat man Statistiken. Wir haben sieben Kitas und drei Horte. Frau Braun möchte in der nächsten SR-Sitzung und in den nächsten Ausschüssen diskutiert wissen, wieviel Kinder, lt. Alter, und wieviel Personal, lt. Vertrag, vorzuhalten ist, und wieviel Personal ist wirklich vorhanden, für jede einzelne Einrichtung. Frau Braun möchte auch wissen, warum Herr Brohm jahrelang keine Erzieher ausgeschrieben hat, sondern schnell ins Internet gesetzt hat und dann noch aus 2021, wo vergessen wurde, das Datum zu retuschieren. Das zeugt doch schon wirklich von Inkompetenz hoch zehn. In Lüderitz haben wir einen ausgebildeten Erzieher haben, der uns 5 Jahre umsonst, die Zeiten in seinem Praktikum gegeben hat. Dem wurde nur ein 25 Stunden-Vertrag ange-

boten und nicht einmal für Lüderitz, sondern für Grieben. Dieser junge Mann wohnt in Stendal. Das hat er natürlich abgelehnt. Wer so personell handelt, kann nur untergehen. Beide Leiterinnen in Lüderitz haben sich für diesen jungen Mann eingesetzt. Sie findet, wenn so mit Auszubildenden gearbeitet wird, dann ist hier im System etwas faul und zwar, in der Führungsebene. Herr Brohm lässt alles laufen. Sie fordert auch Herrn Brohm auf, zurückzutreten.

**Herr Bierstedt** wundert sich, wegen der Probleme in unseren Tageseinrichtungen, schon länger. In einer SA-Sitzung hat man sich gemeinsam Gedanken gemacht, wie man die Erzieher und Erzieherinnen halten könnte, trotz dass Stunden über sind. Er fragt sich, wozu hat man im SA gesessen und sich darüber Gedanken gemacht, denn plötzlich ist es verkehrt herum. Es fehlen Erzieherstunden. Diese Diskussion die man hat, versteht er nicht.

**Herr Sprunk** findet, es ist eine Lüge von Frau Altmann und Herrn Brohm, vorzuschieben, dass die Erzieher krank sind. Es ist Taktik und gewollt. Es wird zwangsläufig Personal reduziert und uns wird vorgaukelt, dass zu viele Stunden im System sind. Für ihn ist das pure Absicht.

**Herr Jacob** beendet 20:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

**Herr Radke** verlässt die Sitzung.

## Öffentlicher Teil

### **TOP 11: Wiederherstellung der Öffentlichkeit**

**Herr Jacob** stellt 20:24 Uhr die Öffentlichkeit um wieder her.

### **TOP 12: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse**

Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

### **TOP 13: Schließung der Sitzung**

**Herr Jacob** schließt 20:25 Uhr die Sitzung.

Fertiggestellt am 06.06.2024